

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/8

13. Januar 1975

Die Startwahl in Berlin

Kampfeppell an alle Berliner: Jede Stimme der SPD

Seite 1 und 2 / 63 Zeilen

Das SPD-Ziel bleibt unverändert

Zur FDP-Entscheidung in Rheinland-Pfalz

Seite 3 / 42 Zeilen

Sechlichkeit tut not

Zur Diskussion um die Errichtung von Kernkraftwerken

Von Rudi Walther MdB

Stellv. Mitglied des Innenausschusses des Bundestages

Seite 4 bis 6 / 101 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

6300 Bonn 12, Hausallee 8-10
Postfach: 130 408
Pressenhäus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 97 - 38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
6300 Bonn - Bad Godesberg

Verl. Nr. 119 T. I. Jan. 978811

Die Startwahl in Berlin

Kampfeppell an alle Berliner: Jede Stimme der SPD

Wenn am Mittwoch Willy Brandt und Klaus Schütz den Wahlkongreß der Berliner SPD eröffnen, dann tritt der Wahlkampf in seine heiße Phase. In einer Veranstaltung mit den Kandidaten für das Abgeordnetenhaus und die zwölf Bezirksverordnetenversammlungen wird die Partei noch einmal nachhaltig aufgerufen werden, tatsächlich um die letzte Stimme zu ringen. Nach dem Verlauf des Vorwahlkampfes, der so zeitig wie nie zuvor eingesetzt hatte, ist daran nicht zu zweifeln. Denn von Resignation oder mangelnder Einsatzbereitschaft war und ist unter Berlins Sozialdemokraten nichts zu spüren. Besonders läßt sich das an dem Erfolg der zahllosen Informationsstände auf Wochenmärkten und an verkehrreichen Punkten nachweisen. Ausgehend von der Erkenntnis, daß die Partei nicht zu warten hat, bis der Bürger zu ihr kommt, sondern daß sie von sich aus tätig werden muß, sind diese Stände und Marktbesuche erstmals zu einem zentralen Wahlkampfinstrument geworden. Die Kandidaten der insgesamt achtzig Wahlkreise diskutieren, unterstützt von aktiven Genossen, mit den Bürgern und verteilen Informationsmaterial, vor allem die "Berliner Stimme" oder deren Sonderausgaben.

Der hohe Mobilisierungsgrad kommt nicht von ungefähr. Mancher mit der Berliner Szenerie nicht ganz so vertraute Beobachter mag die Wahlkampfstrategie der Berliner Sozialdemokraten für riskant halten. Die starke Ausrichtung auf die Person von Klaus Schütz, die mit näherrückendem Wahltermin immer deutlicher werden wird, versteht sich von selbst. Seine Popularität hat in den letzten Jahren ständig zugenommen und ist von dem Tief der Partei völlig unberührt geblieben. Einer Meinungsumfrage zufolge gehen 62 vH der Berliner davon aus, daß es Klaus Schütz wieder schaffen wird. Seinem häßlichen Gegenpart, dem CDU-Chef Peter Lorenz, trauen das nur 22 vH zu.

Nicht ganz so selbstverständlich ist das erklärte Wahlziel der SPD, mit letztem Einsatz um die Behauptung der absoluten Mehrheit (jetzt 50,4 vH)

zu kämpfen und damit in gleichem Masse wie gegen die CDU auch gegen die Berliner FDP zu Felde zu ziehen. Das liegt nicht nur an dem Zustand der Berliner FDP, die innerlich zerstritten ist und sich nicht einmal auf einen Spitzenkandidaten einigen kann. Mal will sie die SPD links, mal rechte überholen. Ihren Wahlaussagen läßt sich überhaupt nur eine einzige klare Aussage entnehmen; sie bekämpft die absolute Mehrheit der SPD, um dann mit ihr den Senat bilden zu können. Zum anderen aber ist der unbedingte Einsatz der SPD für eine möglichst große Mehrheit eine Konsequenz, die die Berliner Parteilspitze schon unmittelbar nach dem Hamburger Wahlergebnis vor knapp einem Jahr gezogen hat: Es gereicht der SPD nicht zum Vorteil, wenn sie den Eindruck erwecken würde, es sei einerlei, ob man den Sozial- oder Freidemokraten seine Stimme gebe, denn zusammen werde man es schon schaffen und Klaus Schütz bleibe allemal "dran". Deshalb heißt es in diesem Berliner Wahlkampf immer und immer wieder: Wer Klaus Schütz auch in Zukunft als Regierenden Bürgermeister sehen will, der muß SPD wählen.

Nun bedurfte es nicht erst neuer Meinungsumfragen, um deutlich zu machen, daß man sich nirgends dem Gesamttrend entziehen kann. Die Früchte der Entspannung, insbesondere im menschlichen Bereich, geringere wirtschaftliche Sorgen als in Westdeutschland, ein nahezu optimaler innerparteilicher Zustand, der der Wahlkampfarbeit fühlbar zugute kommt, dennoch schlägt die Stimmung insgesamt natürlich auch in Berlin durch, woraus man hier bewußt keinen Hehl macht. Überall wird nachdrücklich darauf verwiesen, daß die SPD trotz der guten und in allen Punkten nachprüfbaren Leistungsbilanz einen überaus schweren Stand hat. Klaus Schütz kann man dieser Tage mehr als einmal sagen hören, daß die Stadt nicht automatisch von Sozialdemokraten regiert werden müsse. Das ist keine Koketterie, sondern die Einsicht, daß nur so die Partei zu einer außergewöhnlichen Anstrengung und nur so der letzte Sympathisant zur Stimmabgabe für die SPD bewegt wird. Geht diese Rechnung auf, so könnte das Wirklichkeit werden, was man nicht nur in Berlin erhofft: die Tendenzwende für die SPD.

Brigitte Seebacher
(-/13.1.1975/bgy/pr)

+ + +

Das SPD-Ziel bleibt unverändert

Zur FDP-Entscheidung in Rheinland-Pfalz

Der FDP-Bundesvorsitzende Hans-Dietrich Genscher, Bundesaußenminister im sozialliberalen Kabinett des sozialdemokratischen Bundeskanzlers Helmut Schmidt, hat verbindlich festgestellt, daß der Landeskoalitions-Beschluß der rheinland-pfälzischen FDP eine landespolitische Entscheidung sei und die Koalition in Bonn nicht berühre.

Der Bonner Koalitionspartner wird diese Aussage selbstverständlich mit dem gebotenen Ernst zur Kenntnis nehmen. Zumal Genscher die Versicherung hinzufügte, daß die rheinland-pfälzische FDP wie alle anderen Landesverbände zu der Zusammenarbeit mit der SPD im Bunde stehe. Das heißt doch wohl, daß die Rheinland-Pfälzer Freidemokraten für den zunächst theoretischen Fall, daß sie einer bei der Landtagswahl siegreichen CDU die Koalition anbieten können und diese das Angebot dann auch annehmen sollte, in der Koalitionsvereinbarung dafür sorgen werden, daß eine so gebildete Mainzer Landesregierung die bisher im Bundesrat gegen die sozialliberale Bundesregierung geübte Obstruktionspolitik der CDU/CSU-geführten Länder nicht mehr mitmacht. Wenn das nicht durchzusetzen wäre, müßte dann ja wohl sofort der Koalitionsfall eintreten.

Aber lassen wir das. Die, wie man hört, seit Monaten vorbereitete und auch von außerhalb unterstützte Entscheidung der rheinland-pfälzischen FDP bringt - ungeachtet der recht vordergründig-dünnhütigen und auch von Genscher übernommenen Begründung - die SPD in zwangsläufige Position, den Landtagswahlkampf im Alleingang führen zu müssen. Dieser Wahlkampf hat das konkrete Ziel im Auge, der absoluten Mehrheit der CDU im Mainzer Landtag ein Ende zu bereiten und die CDU-Landesregierung abzulösen. Zum ersten Teil des Ziels bekannnt sich die FDP auch nach ihrer Koalitionsentscheidung, die freilich zugleich den zweiten Teil hinfällig macht, weil die Freidemokraten ja mit der CDU koalieren wollen.

Die Konsequenz liegt für die rheinland-pfälzischen Sozialdemokraten auf der Hand. Sie werden ihren Wahlkampf ganz eindeutig auf die Forderung an den Landesbürger ausrichten, die SPD-Kandidaten zu wählen, weil nur so das Gesamtziel erreicht werden kann. Wer also, so wird die SPD-Werbung aussagen, die absolute Mehrheit der CDU in Rheinland-Pfalz brechen und wer damit auch die CDU-Landesregierung in Mainz stürzen will, der wird am 9. März 1975 seine Stimme der SPD geben müssen. Das ist zwar auch kein Dogma, um den FDP-Bundesvorsitzenden Genscher noch einmal zu zitieren, aber für jeden Rheinland-Pfälzer, der nach dem 9. März endlich einmal neue Gesichter in seiner Regierung sehen will, das Gebot der Vernunft.

(e/13.1.1975/bgy/ee)

+ + +

Sachlichkeit tut not

Zur Diskussion um die Errichtung von Kernkraftwerken

Von Rudi Walther MdB

Stellv. Mitglied des Innenausschusses des Bundestages

"Wer keinen Atomstrom will, muß tief in die Tasche greifen" /
Tribunal gegen Kernkraftwerke sind sicher" /"Atomkraftwerke: Verheerende
Folgen": dies ist zwar nur eine kleine Auswahl von Schlagzeilen zu einem
höchst bedeutsamen Problem, aber schon diese vier Sätze charakterisieren
die Extrempunkte, von denen aus das Problem in der Öffentlichkeit ange-
gangen wird. Solche Schlagzeilen sprechen meist einen sehr großen Leser-
kreis an, ungeachtet dessen, oder gerade weil nicht bekannt ist, was wirk-
lich dahinter steckt. Nicht selten auch werden derart deftige Worte von
Atomkraftgegnern wie -befürwortern zur Grundlage von Aktionen gemacht, die
stark an die Diskussion erinnern, die dereinst im Wilden Westen über den
Wert oder Unwert der Eisenbahn "geführt" wurde.

In der Tat, Parallelen zwischen damals und heute sind nicht zu ver-
kennen. Mit dem Vordringen der Eisenbahn begann ein neues Zeitalter, und
auch wir stehen heute am Anfang einer Entwicklung, von der noch niemand
genau zu sagen weiß, wohin die Reise geht. Unsicherheit und Skepsis ge-
genüber den Errungenschaften des Atomzeitalters sind deshalb nur allzu ver-
ständlich; vor allem, weil sich dieses Zeitalter in Hiroshima auf die grausamste
Art ankündigte. Eine gesunde Portion Mißtrauen ist auch nach wie vor angebracht,
besonders gegenüber jenen Kreisen, die die Gefahren der Kernkraftwerke für unse-
re Umwelt leichtfertig verharmlosen, gleichzeitig aber ihre Planungen gern
mit einem Mäntelchen der Geheimhaltung umgeben.

Dies trägt sicherlich nicht zu der so notwendigen Versachlichung
der Diskussion um die Atomkraftwerke bei. Im Gegenteil, es scheint, als
ob derzeit Angst und Hysterie das Diskussionsklima bestimmten, und als ob
tätlich neue Schlagzeilen, die nicht unbedingt richtige Sachverhalte
charakterisieren, noch zur Stabilisierung dieses Klimas beitragen. Man
kann nur hoffen, daß die geplante breit angelegte Aufklärungskampagne
der Bundesregierung hier Wogen glättet, denn Sachlichkeit ist jetzt wich-
tiger denn je. Die rasante Entwicklung des Energiebedarfs und die Ver-

Knappung der Rohstoffe zwingen uns, nach neuen Energiequellen Ausschau zu halten.

Der Kernkraft dürfte hier zweifelsohne die größte Bedeutung zukommen. Dafür gibt es folgende Gründe:

- Mineralöl wird knapper und vielleicht noch teurer; es wird außerdem als politische Waffe benutzt;
- der Anteil des Erdgases an der Energieversorgung soll zwar weiter gesteigert werden, aus wirtschaftlichen Gründen erlangt das Erdgas jedoch keine überragende Bedeutung;
- die Steinkohle, die unseren Bedarf an Primärenergie noch für etwa 200 Jahre decken könnte, ruft große Umweltbelastungen hervor, außerdem fehlt es an Förderkapazitäten und Arbeitskräften;
- bei der Wasserkraft bieten sich bis auf einzelne Pumpspeicherwerke kaum noch Ausbaumöglichkeiten an;
- Windkraft und Erdwärme können nur in ganz bestimmten Regionen zur Energieversorgung beitragen, und die Forschung zur Gewinnung von Gezeiten- und Sonnenenergie steckt noch in den Kinderschuhen.

Um die erwarteten Steigerungsraten des Stromverbrauchs abfangen zu können, will die Bundesregierung deshalb den Anteil der Kernenergie an der Stromversorgung erheblich erhöhen. Dieser Anteil, der im Jahre 1972 nur 0,9 vH betrug, soll auf mindestens 25 vH im Jahre 1980 und auf 50 vH im Jahre 1990 gesteigert werden. Um die Jahrtausendwende sollen Kernkraftwerke die Stromversorgung sogar zu 80 vH übernehmen. Allerdings wird hier nichts geschehen dürfen, was die Umwelt und die menschliche Gesundheit beeinträchtigen könnte. Der Schutz der Bevölkerung vor Schäden durch radioaktive Stoffe - und dies wird von der sozialliberalen Koalition ja auch immer wieder betont - hat eindeutig Vorrang vor wirtschaftlichen Aspekten. Selbst wenn einmal eine Energielücke auftreten sollte, dürfen die Maßnahmen zu ihrer Beseitigung nicht lebensgefährdend sein. Wie ernst die Bundesregierung diese Forderung nimmt, beweisen die umfangreichen Maßnahmen und Aktivitäten auf dem Gebiet der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes. Insgesamt 40,3 Millionen DM hat der Bund dafür im Jahre 1972 ausgegeben, 1973 waren es 50,6 Millionen und in diesem Jahr werden für die Reaktorsicherheit 67,07 Millionen DM aufgewandt. In den

kommenden drei Jahren soll allein eine Viertalmilliarde DM für die Reak-torsicherheitsforschung zur Verfügung gestellt werden.

Die Förderung der Wissenschaft auf diesem Sektor gewinnt umso mehr an Bedeutung, als die bis 1985 geplanten 50 Kernkraftwerke mit einer Gesamtleistung von etwa 50.000 Megawatt das Risiko der Strahlengefährdung natürlich erhöhen. Unter eben diesem Aspekt muß auch die Diskussion um die Beschleunigung des Genehmigungsverfahrens für Kernkraftwerke gesehen werden. Wer ein einfacheres und schnelleres Verfahren wünscht, und dabei die Belange des Umweltschutzes und der Gesundheit vergißt, der muß sich den Vorwurf der Fahrlässigkeit gefallen lassen. Er handelte nämlich nur im Interesse derjenigen, die aus der Kernenergie-wirtschaft ihre Profite ziehen.

Man wird auch sehr genau darauf achten müssen, wem man die Errich-tung von Kernkraftwerken und Brennelementefabriken erlauben sollte, und wem man besser abschlägig bescheidet. Das Atomgesetz, das einen Rechtsanspruch auf Erteilung einer Genehmigung glücklicherweise nicht kennt, bietet ja die Gewähr dafür, daß nicht jeder nach Belieben Atom-kraft produzieren darf. Erhöhte Wachsamkeit ist gegenüber den multi-nationalen Ölkonzernen geboten, die schon lange - nicht erst seitdem das Öl spärlicher sprudelt - mit dem Geschäft aus der Atomenergie spekulieren. So haben zum Beispiel die "sieben Exxon-Schwestern", der Welt zweitgrößter "Multi", schon längst ihre Finger nach den Atom-Mil-liarden ausgestreckt. In den USA produziert Exxon inzwischen in mehreren Atomfabriken Brennelemente für Reaktoren; demnächst will der Konzern seine erste Atomfabrik in Europa errichten. Als Standort für diese Fabrik ist unter anderem auch die Bundesrepublik im Gespräch.

Wenn hier nicht gleich strenge Maßstäbe angelegt werden, werden sich die Erfahrungen, die wir im letzten Winter mit den Öl-Multis in der Energiekrise gemacht haben, irgendwann in der Zukunft wieder-holen, nur mit dem Unterschied, daß uns eine "Atom-Krise" noch weit-aus härter treffen könnte. Es kommt deshalb darauf an, hier rechtzei-tig vorzubauen. Ein erster Schritt zur Sicherung der Energieversorgung als Konsequenz aus dem letzten Winter ist ja mit der Verabschiedung des Energiesicherungsgesetzes im Bundestag getan worden. Dieses neue Gesetz ist Teil des fortgeschriebenen Energieprogramms der Bundesre-gierung und soll helfen, eine neue Ölkrise, die wegen der konfliktgela-denen Lage im Nahen Osten ja immer wieder über uns hereinbrechen kann, besser zu meistern als 1973/74. (-/13.1.1975/bgy/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Freller